

# Auer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen an. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsstelle: Die Anzeigenverwaltung des Auer Tageblattes am Hauptplatz in Auerbach, am Hauptplatz in Auerbach, am Hauptplatz in Auerbach, am Hauptplatz in Auerbach.

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. Postfach-Nr. 1000

Nr. 136

Dienstag, den 15. Juni 1926

21. Jahrgang

### Wüster Tumult im Prager Parlament.

Ein 32 stündiger Kampf, wie ihn das Parlament noch nie gesehen.

Prag, 12. Juni. Die Demonstrationen in den Straßen der Stadt, über die wir bereits berichtet haben, fanden im Prager Parlament, das die ganze Nacht hindurch verhandelte, stürmische Echo. Nach der Spezialdebatte über die Zollvorlage legte die sozialistische Opposition gegen 1000 Änderungsanträge und 50 Resolutionen vor, über die einzeln abgestimmt werden sollte. Es kam jedoch nicht dazu; denn die kommunistische Abg. Wolen ergriff das Wort, um die gestrigen Vorfälle zu schildern und als Hauptschuldigen die Polizei hinzustellen, die den Angriff gegen die Menge, als sie im Auseinandergehen begriffen gewesen sei, planmäßig vorbereitet hätte. Der Redner griff zum Schluß in leidenschaftlicher Weise das Kabinettsmitglied Czerny an, das in seinem arbeiterfeindlichen Vorgehen sein Vorgehen aus dem Jahre 1920 wiederholt habe.

Es kam hierauf zu lärmenden Kontroversen mit den Deutsch-Agrariern, denen man vorwarf, sich in den Dienst des Gummistuhls gestellt zu haben. Der kommunistische Abgeordnete Mikulicek nimmt einen Ministerfessel, den er vor die Deutsch-Agrarier hinstellt. Die eigentliche Obstruktion setzte 4 Uhr früh ein, nachdem das Abgeordnetenhaus nach einer längeren Pause wieder zusammengetreten war. Als der Zollreferent Jandina die Tribüne bestieg, begannen die Kommunisten, die mit Pfeifen, Trompeten usw. wohl ausgerüstet waren, mit einer lärmenden Obstruktion, wie sie in dieser Stärke und Dauer — sie dauerte ununterbrochen zwei Stunden — im Prager Parlament überhaupt noch nicht zu verzeichnen war. Jedes Wort des Redners blieb unverständlich. Als der Referent die Verlesung seines Manuskripts nicht unterbrechen wollte, sprang ein kommunistischer Abgeordneter auf die Rednertribüne und begann sich mit dem Redner um das Manuskript zu raufen. Als der kommunistische Abg. weiterhin Hilfe von seinen Parteigenossen erhielt, griff die Parlamentswache in großer Stärke zum Schutze des Referenten ein und räumte nach einem wilden Handgemenge die Tribüne und hielt den Schutz der Tribüne weiter aufrecht. Bei dem Kampfe wurde die Ministerbank teilweise demoliert.

Der Arm ließ aber keineswegs nach, als der liberale Abgeordnete Mazanek als zweiter Redner die Tribüne bestieg. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Malypetr begegnete dem Höllelärm mit kalter Strenge. Inzwischen hatten die Kommunisten einen Antrag eingebracht, der Ministerpräsident Dr. Czerny, der sich im Hause befand, solle unverzüglich erscheinen und Aufklärung über die blutigen Ereignisse in Prag geben. Nach zweistündiger Dauer der Vorfälle gab der kommunistische Abgeordnete Wolen um 1/7 Uhr früh ein Klingelzeichen zur Beendigung der Obstruktion.

Um die Mittagsstunde wurde bekannt, daß Dr. Czerny eine Regierungserklärung über die gestrigen Ereignisse abgeben werde. Diese gewisse Nachgiebigkeit ist eine Folge des Bedenkens, die Arbeiterschaft, die infolge der letzten Ereignisse sich immer mehr dem Kommunismus zuwandte, nicht weiter zu radikalisieren. Interessant ist, daß sich die Zollmehrheit vorbehalten hat, eventuell im Senat über Ermäßigungen der Zölle zu diskutieren.

In der Nachmittagsitzung des Parlamentes fanden die Krawalle ihre Fortsetzung. Ministerpräsident Dr. Czerny, der erschien, um über den kommunistischen Antrag eine Regierungserklärung über die gestrigen Zusammenstöße abzugeben, wurde mit leidenschaftlichen Demonstrationen begrüßt. In der Regierungserklärung hielt sich der Ministerpräsident im großen und ganzen an den amtlichen Polizeibericht.

Der Tumult erreichte seinen Höhepunkt, als es zur Abstimmung über den Zollantrag kam, der mit Hilfe der tschechischen, deutschen und ungarischen Zollmehrheit angenommen wurde. Der Arm setzte sich fort, als unzählige Änderungsanträge der sozialistischen Parteien en bloc abgelehnt wurden. Die Kommunisten wurden nach Kräften von den deutschen Sozialisten unterstützt. Als am Spätnachmittag die Sitzung aufgehoben wurde, zeigten die starken Ramponierungen der kommunistischen Bänke, die ausgebrochenen Füllungen der Ministerbank und über den Boden des ganzen Saales verstreute Holzstücke und Papierteile von dem erbitterten, fast ohne Unterbrechung durch 32 Stunden währenden Kampf um die Agrarzölle.

### Das Volksvermögen vom Standpunkt der Volksgemeinschaft.

Von Prof. Dr. Andreas Voigt.

Seit vielen Jahren sind zahlreiche Politiker am Werke, die Menschen zu belehren, daß die bestehende Wirtschaftsordnung an einem grundsätzlichen Fehler leide. Die moderne, kapitalistische Volkswirtschaft sei gar keine Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes, sondern sie beruhe auf Ausbeutung des einen Teiles des Volkes, der Besitzlosen, durch den anderen Teil, die Besitzer der Produktionsmittel, der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber. Gemeinsame Interessen gäbe es zwischen diesen beiden Klassen nicht; sie ständen einander ebenso fremd und verständnislos gegenüber wie zwei verschiedene Nationen. Was der einen Vorteil wäre, wäre der anderen Schaden. Daher müsse zwischen beiden Feindschaft herrschen und der Kampf der Klassen fortgesetzt werden, bis die der Ausbeuter vollkommen besiegt sei. Dann werde eine neue Ordnung geschaffen, in welcher überhaupt keine Klassen beständen, sondern allgemeine Gleichheit herrsche, welche zugleich auch die Freiheit der jetzt Unterdrückten bedeute. Nach dieser Auffassung wäre das Nationalvermögen lediglich die Summe der Vermögen der Einzelwirtschaften, ein eigenes Volksvermögen, an dem die Gesamtheit interessiert sei, gäbe es gar nicht. Werde es zerstört oder gehe es in den Besitz von Ausländern über, so sei das für die Masse der Besitzlosen ein ganz gleichgültiger Vorgang; denn diese hätten ja doch keinen Anteil daran. Auch ob und wie hoch der Ertrag des Nationalvermögens bringe, könne diesen ganz einerlei sein, ja, eher sei es für die Besitzlosen norteilhaft, wenn der Gewinn der Besitzenden sinke, da ja dann ihr Anteil am Ertrag größer werde. Die Herstellung des Kapitals und seines Gewinnes würde ja nur das erstrebte Ziel der Gleichheit aller schneller herbeiführen helfen.

Infolge dieser Lehren sieht ein Teil unseres Volkes teilnahmslos oder befrühdigt zu, wenn die Rente der Unternehmungen sinkt, das Kapital sich auflöst oder in irgend einer Form ins Ausland wandert. Insbesondere hält man es für erwünscht, daß es so hoch wie möglich besteuert werde, möge die Steuer auch zur Zahlung der Reparationsschuld ins Ausland fließen. Selbst deutsche Regierungen, standen auf diesem Standpunkt. So hat im Jahre 1923 die tschechische Regierung zur deutschen Politik gegenüber den Franzosen und Belgiern ihre Meinung kundgegeben, daß die Reparationsschuld einfach den bestehenden Klassen Deutschlands auszubürden sei und leicht von ihnen getragen werden könne, ohne daß sonst irgend jemand dabei Schaden litte. Daß es nicht geschehe, sei lediglich dem Egoismus dieser Klassen zuzuschreiben, der sie hindere, das Opfer im Interesse des Ganzen auf sich zu nehmen. — Es fehlt also diesen kommunistischen Politikern ganz das Verständnis dafür, daß das Privatvermögen der Unternehmer zugleich den wesentlichsten Teil des Volksvermögens darstellt und daß die ganze Volkswirtschaft leiden würde, wenn es bedeutend verkleinert würde oder zum Teil ins Ausland flühe. Nicht nur aus Egoismus, sondern weil sie zugleich Hüter des Volksvermögens sind, wehren die Eigentümer der großen Sachwerte sich gegen die Verfleinerung ihrer Kapitalien; ohne sie würden sie ihre volkswirtschaftliche Aufgabe nicht in dem allen erwünschten Umfange erfüllen können.

Gegen die Lehre, daß die Erhaltung des Volksvermögens lediglich im Interesse der Besitzenden liege und den Besitzlosen gar nicht angehe, lassen sich zunächst theoretische Gründe geltend machen: Es ist nicht richtig, das Volksvermögen lediglich als statistische Summe aller Privatvermögen anzusehen, wie es geschieht, wenn man sich ein zahlenmäßiges Bild von dessen Größe machen will. Es ist weit mehr als eine Summe, es ist ein System von Gütern, d. h. ein zusammengehöriges Ganzes, dessen Wert sich nicht einfach durch Addition der Werte seiner Teile berechnen läßt. Dieses Ganze steht auch dem ganzen Volke zur Verfügung und wird von seinem Staate politisch beherrscht. An den Teilen hat jeder Eigentümer ein privatwirtschaftliches, am Ganzen das Volk ein volkswirtschaftliches Interesse. Diese beiden Arten des Interesses sind in der wohlgeordneten, normalen Volkswirtschaft eng miteinander verknüpft. Die Verfolgung privater Interessen schädigt hier nicht, sondern fördert das Gesamtinteresse. Nur unter außerordentlichen Verhältnissen und in zerrütteter Volkswirtschaft entstehen Interessengegenstände der Gesellschaftsklassen, dienen die Privatvermögen nicht zugleich dem ganzen Volke. In gesunder Volkswirtschaft hat jeder Volksgenosse Anteil am ganzen Volksvermögen und jedem seiner Teile, jeder ist an deren Erhaltung und Ertrag interessiert.

Es scheint jedoch sehr schwer zu sein, diese Lehren auf rein theoretischem Wege zu erfassen. Darum ist es notwendig, der Theorie einen praktischen Unterricht hinzuzufügen. Man will nicht bloß hören, man will auch fühlen. Besser wäre es zwar, wenn man sich mit jener Lehre begnüge, wenn sie ist wesentlich wohlfeiler wie der am Hausliche Unterricht, namentlich deshalb, weil jener von Freunden, dieser aber von Feinden erteilt wird, die hohes Vergeld fordern. Doch man will es nun einmal nicht anders und so muß das Volk seinen Willen haben.

Zum ersten Male wurde uns die heilsame Lehre, daß jeder Volksgenosse am Volksvermögen interessiert sei, dadurch gegeben, daß die Feinde große Teile unseres Vaterlandes vom Ganzen abtrennten. Da wurde Ackerland, zum Teil besonders fruchtbares und wesentlich zur Volksernährung beitragendes, Wälder, die uns mit Holz versorgten, Berg-

### Der deutsche Grundbesitz in Tepl beschlagnahmt.

Berlin, 13. Juni. Aus Prag wird der „D. N.“ die Beschlagnahme des gesamten Grundbesitzes des deutschen Stiles Tepl durch das tschechische Bodenamt gemeldet. Die Exekutive soll in der nächsten Woche zur Durchführung kommen.

### Eine Klage des ehemaligen Kaisers gegen die südafrikanische Regierung.

Johannesburg, 13. Juni. Der Johannesburger „Sunday Times“ zufolge ist von dem ehemaligen Kaiser bei dem Obersten Gerichtshof in Windhof eine Entscheidung dahin beantragt worden, daß der Familienbesitz der Hohenzollern in Südafrika nicht den Bestimmungen des Versailler Vertrages unterliegt, daß ein Verbot gegen die Zwangsverwaltung des Besitzes erlassen und daß der Grundbuchrichter angewiesen wird, in das Grundbuch als Eigentümer der Güter wieder die Familie Hohenzollern einzutragen.

### Denkmalsenthaltung auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

Berlin, 13. Juni. Auf dem Friedhof der Märzgefallenen wurde heute ein Denkmal für die gefallenen Revolutionskämpfer enthüllt, woran zahlreiche Angehörige der kommunistischen Partei teilnahmen.

### Für einen europäischen Zollverein.

Um den Gedanken eines europäischen Zollvereins zu fördern, hat sich, der „Rostocker Zeitung“ zufolge, ein vorbereitendes Komitee gebildet, dem u. a. Nationalökonom wie Prof. Erwin Fischer von der Kaiser-Universität, Prof. Charles Gide vom College de France, Dr. Moritz Elias-Frankfurt a. M. und der ehemalige holländische Finanzminister Dr. Anton van Gijn angehören. In einem Aufsatze des Komitees „An alle Europäer“ wird die Notwendigkeit eines europäischen Zollvereins unter anderem hervorgehoben und zum Mitbestehen an-

beruf der Auffklärung aufgefordert. Der europäische Zollverein bezwecke die Befriedigung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in Europa.

### Ungarn verlangt die Auslieferung Jusths.

Budapest, 12. Juni. Heute vormittag fand bei dem stellvertretenden Ministerpräsidenten das eine eingehende Beratung über die aus Anlaß der päpstlichen Beleidigung des Ministerpräsidenten Bethlen zu ergreifenden Schritte statt, an der u. a. der Justizminister und der Oberstaatsanwalt teilnahmen. Nach der Konferenz erklärte der Justizminister Pressedirektoren, daß die ungarische Regierung auf diplomatischem Wege von der schweizerischen Regierung die Auslieferung des Zwan Jusths verlangen werde, und zwar mit der Begründung, daß Zwan Jusths sich der Verübung der über ihn wegen Unterschlagung und Balutschleberei rechtskräftig verhängten zweijährigen Kerkerstrafe durch Flucht ins Ausland entzogen habe.

### Protest der englischen Gewerkschaften gegen die Note an Rußland.

London, 12. Juni. Der Generalkonvent des Gewerkschaftskongresses hat an Ministerpräsident Baldwin mit Bezug auf die englische Note an Rußland ein Schreiben gerichtet, in dem er nachdrücklich Protest dagegen einlegt, daß man versuche, dem Bestreben der russischen Gewerkschaftskreise, die den englischen Arbeitern helfen wollten, eine falsche Bedeutung unterzuschleichen, und daß man von der Tatsache dieser Unterstützungsbestrebungen in einer Weise Gebrauch mache, die geeignet sei, die Beziehungen zwischen der englischen Regierung und Sowjetrußland ernstlich zu gefährden.

London, 14. Juni. „Times“ zufolge werde im Oberhaus heute Lord Newton eine Anfrage an die Regierung richten, die sich auf das von Moskau nach England gesandte Geld und auf die Haltung der britischen Regierung dazu beziehe.